

**Anja Heyne**  
**Anti-Atom-Bündnis Berlin-Potsdam**

Mail: [info@moreganic.de](mailto:info@moreganic.de)

**Landesvorstand Berlin**  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
Telefon +49 30 / 24 00 92 89  
Telefax +49 30 / 24 00 92  
60  
[info@die-linke-berlin.de](mailto:info@die-linke-berlin.de)  
[www.die-linke-berlin.de](http://www.die-linke-berlin.de)  
Berliner Bank AG  
Konto-Nr. 43 84 81 68 00  
BLZ 100 200 00  
Spendenkonto-Nr. 43 84 81

**Betr.: Ihre Mail vom 22. Juni 2016**

28.07.2016

Sehr geehrte Frau Heyne,

mit Mail vom 22. Juni 2016 haben Sie sich an den Landesvorsitzenden und weitere Politiker\*innen der Partei DIE LINKE. Berlin aus Anlass der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September 2016 mit der Bitte um Beantwortung Ihrer Fragen gewandt. Hierzu möchten wir Ihnen in Namen des Berliner Landesverbandes der Partei DIE LINKE gern antworten. Unsere Antwort auf die gestellten Fragen finden sie in der Anlage auf der nächsten Seite.

Mit freundlichen Grüßen,

Sebastian Koch

Referent des Landesvorsitzenden

**Antwort der Partei DIE LINKE. Berlin auf die Wahlprüfsteine des Anti-Atom-Bündnisses Berlin-Potsdam zur Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2016**

**Zu 1.:** Ja, die aufgeführten Fakten sind der LINKEN. Berlin bekannt und wurden bereits auf mehreren Landesparteitagen kontrovers debattiert.

Folgende Beschlüsse wurden dazu gefasst:

[http://www.die-linke-berlin.de/die\\_linke/parteitag/3\\_landesparteitag/4\\_tagung/beschluss/1/](http://www.die-linke-berlin.de/die_linke/parteitag/3_landesparteitag/4_tagung/beschluss/1/)

sowie

[http://www.die-linke-berlin.de/die\\_linke/parteitag/4\\_landesparteitag/1\\_tagung/beschluss/6/](http://www.die-linke-berlin.de/die_linke/parteitag/4_landesparteitag/1_tagung/beschluss/6/)

Die LINKE. Berlin teilt Ansicht, dass der Forschungsreaktor an dem Standort in Wannsee aus guten Gründen heute nicht mehr genehmigungsfähig wäre und dass der RSK-Bericht eine Reihe von eklatanten Mängeln festgestellt hat, die nach unserer Kenntnis nur teilweise durch den Betreiber beseitigt worden sind. Insbesondere das fehlende Containment, die permanente Niedrigstrahlung, deren Langzeitfolgen immer noch nicht ausreichend erforscht sind, der unzureichende Katastrophenschutz sowie die kaum kalkulierbare Gefahr eines terroristischen Anschlages stellen Risiken dar, die eine Stilllegung des Forschungsreaktors zum 1. Januar 2020 absolut notwendig machen.

**Zu 2.:** Die LINKE. Berlin hat sich auf ihrem Landesparteitag am 10.06.2012 für die mittelfristige Abschaltung des Forschungsreaktors ausgesprochen. Dementsprechend fände eine weitere Verlängerung der Betriebsdauer über 2020 hinaus nicht unsere Zustimmung. Die Stilllegung der Anlage ist aus unserer Sicht notwendig und muss auch zum vereinbarten Zeitpunkt endlich erfolgen.

**Zu 3.:** Ob das Risiko eines terroristischen Anschlages überhaupt sicher erhoben und eingeschätzt werden kann, ist fraglich. Insbesondere nach den jüngsten terroristischen Anschlägen u.a. in Frankreich, Belgien und Deutschland muss eine Neubewertung des Anschlagrisikos und eine Überprüfung von Sicherheitsmaßnahmen an atomaren Anlagen einschließlich Forschungsreaktoren vorgenommen werden.

**Zu 4.:** Nach unserer Kenntnis ist seit dem Frühjahr 2016 die Zuständigkeit für Strahlenschutz auf dem Gebiet der ionisierenden Strahlung nun wie die Atomaufsicht bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt angesiedelt und nicht mehr bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen mit dem Ziel die Verantwortlichkeiten für die radiologischen Aspekte von Katastrophenschutz und Strahlenschutzvorsorge zu bündeln.

Zwar ist dies ein richtiger Schritt, aber ob die zuständigen Landesbehörden mit dem derzeitigen Personalmangel im Ernstfall wirklich in der Lage wären, einen solchen Katastrophenfall gut zu managen, ist zweifelhaft. Die LINKE. Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die personellen, strukturellen und logistischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um auf ein solches Strahlenschutzszenario bestmöglich reagieren zu können.

**Zu 5.:** Katastrophenschutzübungen für die zuständigen Verwaltungsbehörden in Land und Bezirken, Polizei, Feuerwehr, THW und Hilfsorganisationen usw. sind sinnvoll und sollten in regelmäßigen Intervallen durchgeführt werden, um für den Ernstfall so gut wie möglich vorbereitet zu sein. Die Vorsorge und die Information der Bevölkerung im weiteren Umkreis bis zu 20 km um den Forschungsreaktor müssen oberste Priorität haben, damit sich die Bevölkerung mit Notmaßnahmen wie z. B. der Einnahme von Jodtabletten vertraut machen kann. Eine Kleine Anfrage von Hubertus Zdebel (MdB), Sprecher für Atomausstieg, hatte im April 2015 ergeben, dass im Falle eines schweren Unfalls am BER II in Wannsee der Radius für die Einnahme von Jodtabletten für Jugendliche und Schwangere bis zu 20 km betragen kann, siehe: <http://www.hubertus-zdebel.de/atomforschungsreaktor-berlin-ueber-13-000-evakuierungen-im-katastrophenfall/>

Zu 6.: Generell sollten öffentlich geförderte Forschungseinrichtungen die wissenschaftlichen Ergebnisse ihrer Forschung der breiten Bevölkerung - so weit wie möglich - digital und kostenlos zugänglich machen. Die aktuelle Informationspolitik des HZB zu seinen Forschungsprojekten entspricht nicht diesem Anspruch. Der letzte jährliche Bericht zur den Experimenten am BER II auf der Internetseite des HZB stammt aus dem Jahr 2010:

[http://www.helmholtz-berlin.de/user/beamtime/reports/ber-reports\\_en.html](http://www.helmholtz-berlin.de/user/beamtime/reports/ber-reports_en.html)

Bei Vergabe und Einsatz staatlicher Forschungsmittel müssen Art und Anlage der Experimente in Berichten zeitnah rückhaltlos offengelegt werden, um die Freiheit der Forschung zu schützen, denn Forschung aus öffentlichen Mitteln darf aus Sicht der LINKEN nicht kriegerischen, sondern ausschließlich friedlichen, zivilgesellschaftlichen Zwecken dienen!